



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

133 (19.3.1924) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-214716](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-214716)

Mannheimer General-Anzeiger

Belegpreise: In Mannheim und Umgebung vom 13. bis 19. März 20 Gold-Pf. Die monatl. Bezüge verpflichten zu 20 Gold-Pf. in der Tendenz der wöchentlichen Verläufe...
Verlag: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen- und Musik-Zeitung — Welle und Schall — Aus Feld und Garten

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro eine Spalte 20 Gold-Pf. für 10 Zeilen, 10 Gold-Pf. für 5 Zeilen...
Verlag: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen- und Musik-Zeitung — Welle und Schall — Aus Feld und Garten

Frankreichs Einkreisung Deutschlands

Frankreichs Bündnispolitik im Osten

Drei Geheimdokumente
Paris, 19. März. (Von unv. Berl. Büro.) Bekanntlich ist durch den Vertrag von Trianon die Frage der Balkan-Verhältnisse in den Vordergrund getreten worden, doch dem am 25. Januar in Paris geschlossenen Bündnisvertrag zwischen Frankreich und England...
Das erste Dokument, das einen Monat vor der Unterzeichnung des Vertrags aufgestellt wurde, zeigt, daß damals Poincaré und Clemenceau...
Diese Hoffnung ist freilich auf der Konzeptionsperiode, in dem die abzuwickelnde Haltung Südrusslands formuliert wird.

Die starke Schlachtfrent auf dem rechten Rheinufer

Die Kammer beschloß heute nachmittags mit der Frage der allgemeinen Organisation des französischen Heeres. Bevor der Berichterstatter des Gesetzes das Wort ergriff, teilte der Kammerpräsident mit, daß die rumänische Kammer...
Der Berichterstatter über das Militärgesetz, Abgeordneter Oberst Fabry, erinnerte zu Beginn seiner Rede an die großen Grundzüge der französischen Militärpolitik, die wesentlich defensiv (siehe oben!) sei, was ihr gegenüber der Politik einer gewissen Unterordnung verleihe, die darin bestünde, den Sieg zu einer gewissen Stunde und an einem bestimmten Punkt vorzubereiten.

Schädlinge der Armees

Paris, 19. März. Wie die gestrigen Abendblätter melden, haben umfangreiche Hausdurchsuchungen bei antimilitaristischen Propagandisten in Paris und Umgebung ergeben, daß von diesen Personen die Moras der französischen Soldaten an besetzten Gebiet nicht befreit werden ist. Aufgrund dieser Nachforschungen wird eine von General Degoutte erhabene Klage beim Pariser Gericht zu einem Verfahren gegen die Antimilitaristen führen.

Friedenswille der Macdonald-Regierung

In der letzten Unterhausdebatte bearbeitete der Marineminister den Entschluß der Regierung, den Plan der Schaffung einer Flotte zu realisieren. In der Unterhausdebatte wurde mit dem Betreffenden der englischen Regierung, vor der Welt ihren guten Willen zur Verbesserung der Beziehungen zu betonen. Macdonald erklärte, dass die Regierung bereit sei, die Verhandlungen über die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu fördern, was auf die Entlassung der französischen Militärs in den besetzten Gebieten hinarbeiten würde.

Frankreich wünscht die Fortsetzung des englisch-französischen Meinungsaustauschs

Während in den Mandatfragen des Unterhauses eine Rede über die Fortsetzung des Meinungsaustauschs zwischen Frankreich und England...
Während in diesen Briefen darauf hingewiesen, daß es angebracht ist, die Verhandlungen über die Fortsetzung des Meinungsaustauschs zu fördern, was auf die Entlassung der französischen Militärs in den besetzten Gebieten hinarbeiten würde.

Keine Herabsetzung der englischen Heeresstärke

Der von der pazifistischen Mitglieder der Arbeiterpartei gestellte Antrag, das englische Heer auf eine Kampfstärke von 11 000 Mann herabzusetzen und es lediglich als Polizeistärke zu verwenden, wurde im Unterhaus mit 357 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Gegen diesen Antrag stimmte auch der größte Teil der Abgeordneten der Arbeiterpartei. Bei Besprechung dieses Antrags erklärte der Unterstaatssekretär des Kriegsministeriums, daß England bereit sei, zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt Schritte zu unternehmen, um gemeinsam mit den anderen Ländern gleichzeitig abzurufen und in einer gemeinsamen Konferenz die Herabsetzung der Heeresstärke zu besprechen.

Die englischen Rüstungen als Gefahr für England

Die englischen Rüstungen werden, daß Belgien in Zeebrügge die im Kriege angelegten deutschen Verfestigungen und Unterseeboothöfen übernommen hat und zu einem großen Hafen ausbauen wolle. Die Rüstungen bezeichnen diesen Plan als eine Folge des geheimen französisch-belgischen Militärvertrages, nach welchem an der belgischen Küste für einen eventuellen Krieg mit England ein Stützpunkt für die französische Flotte errichtet werden soll.

Der Kaiser von Japan freit im Steuen

Der Kaiser von Japan freit im Steuen. Er freit seit seiner Zeit an einer Schiffsreise.

Wo bleibt das positive völkische Programm?

Von Dr. Walter Hofmann (Gotha)

Die Revolution war eine Revolutionserfahrung. Statt des Übermaßes, mit entsetzlicher Kraft sich durchsetzenden neuen Gedanken, wie er den großen Revolutionen der Weltgeschichte eigen ist, hatte die Revolution von 1918 nur eine verkümmerte Seite, der positive Gedanke blieb aus. Somit ein positiver Gedanke bei der Verkündung im Hintergrunde geblieben hatte, fehlt der Sozialdemokratie, die 50 Jahre in der Opposition sich erdacht hat, die aufbauende Kraft zu seiner Verwirklichung. Statt dessen hatte sie mit der Verwirklichung der falschen verstandenen Verwirklichung „Freiheit“ und „Völkerei“ den Schlußpunkt unter eine Entwicklung, deren Keime von der französischen Revolution über unsere Grenzen gepflanzt, von den „Kommunisten“ wie die eine Brut gepflegt und von den hemmlichen und unbewussten Wühlern eines starken und aufmerksamen deutschen Volkstums mit Eifer unterhalten worden waren. Es läßt sich im Rahmen eines Aufsatzes nicht im einzelnen auseinandersetzen und ist überdies von den besten Köpfen des 20. Jahrhunderts überzeugend darstellt worden, wie seit der Wende des vorigen Jahrhunderts jedes Lebensgebiet, ob Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Kunst, Wissenschaft, Gesellschaft von einer unheimlichen Geistesrichtung angegriffen wurde, die im Individualismus einer Frauenaufklärung, den Thomas Mann mit der Bezeichnung „Weltertum“ besetzte.

Der innerliche Widerstand der geistlichen Kräfte des Volkes gegen diese Geistesrichtung und alles, was sie uns brachte, der sich im Extrem bis zur Bekehrung gegen den heutigen Staat als ihre Verkörperung verhielt, ist ein Ausdruck geladener völkischer Empfindens. Der ursprüngliche völkische Gedanke ist es, der sich auflehrt gegen das Maaß eines weltlichen Demokratismus, wie er von den Engländern Hobbes, Locke geboren, von den Franzosen Diderot, Voltaire, Montesquieu, Rousseau geerdet und von Robespierre in die revolutionäre Tat umgesetzt, inswischen jedoch sowohl in England wie in Frankreich tatsächlich praktisch längst überwunden wurde, gegen einen unheimlichen Staat, das unheimliche Volkstum in Fortentwicklung schon im Konstitutionalismus und Parlamentarismus muskulöser Anläufe wider Willen eine weltfremde Staatsform aufzubauen und unteren Staatsformen zu einer Zeit, wo ein fortes Führertum und willige Gefolgschaft nötiger denn je gewesen wäre, in die Wähler atomisiert, ihm das freie Wohlrecht ab und dem führerlosen Chorus der „Verwirrten“ die „aktive Staatsmacht“ übertrug. Die christliche innere Abneigung gegen eine Politik, die dem Staat oder unbewußt abhandelt, dem Staat wird von den autoritären Führern der Parteien und unter diesen in erster Linie von den völkischen Vertretern, die gerade nicht an der Verwirklichung teilzunehmen brauchen, die wachsende Abneigung dagegen ist im wahren Sinne völkischer Ursprungs.

Die Forderung, die deutsche Wirtschaft nicht einem leeren Markt anheimzugeben, wie ihn Duesen, Smith, Ricardo gepredigt, die Ausnutzung wirtschaftlicher Möglichkeiten nicht unbegrenzt zu lassen (vornehmlich die Bestimmungen des Rohstoffstreifens gegen die Preisstreben einzelner Kartelle) ist nicht völkisch; der Wille, die deutsche Wirtschaft ebenbürtig mit der Welt zu machen, ist ein völkischer Wille. In allen ihren Abwandlungen von der Vergeßlichkeit bis zur Panwirtschaft dienen zu lassen, ist ebenso völkisch, ohne die Entscheidung oder das Vortrecht der deutschvölkischen Parteien und Verbände zu sein. Es ist Gemeingut aller Deutschen, daß deutscher Sozialismus nicht der von Bröndel, Marx, Liebknecht, Dorn, Bernstein bis Hilferding, sondern der von Hilferding oder auch — wie Spengler es versteht — der des großen Revolutionärs, dem Individualismus zur Selbstsucht, von der Selbstsucht zur Selbstsucht ist eine Linie zu verfolgen. Die völkische Selbstsucht gebietet, jenem dunklen Kräfte fragwürdiger Erfahrungen aller Völker das Handwerk zu legen, die die Macht haben, an den Wägen und auf den zentralen Rädern Deutschlands siehe habe um ihres Volkes Fortschritt willen zu verschandern und die sich nicht scheuen, diese Macht zu gebrauchen.

Nichts anderes als letzten Endes völkisch ist auch die Erkenntnis, daß die soziale Frage, die uns ein sozialpolitisches laissez faire, laissez passer! geben, nur gelöst wird, wenn der Geist eines Bismarck wachgerufen wird, wenn an die Stelle der Begriffe „Kontrolle“ und „Mittler“ die Begriffe „Mittleranweisung“ und „Mitarbeiter“ gesetzt werden. Hier wie allenthalben: Die überpersönliche Gemeinschaft hat den marktgängigen Gewerkschaftssozialismus, die natürliche Freiheit in der Gemeinschaft hat der weltlichen Ideologen von der „Liberté“. Die ganze Sozialpolitik der Weltbürger und Schöngewisser, der weltlichen Sozialisten und parteilichen Fortschrittler, die uns den Kosmopolitismus, den Pazifismus, die Liebe zum Vaterland, den geistigen Individualismus großgezogen haben, wird völkische Eigenart aus dem Galle haben, wenn ihr zu freier Entfaltung verholfen wird. Die Stärkung des Deutschtums im Ausland und die Sicherung der Rinderheerde der in fremde Völker eingeprengten Deutschen ist eine positive völkische Aufgabe. Die Kunst, deren unheimliche Entfaltungsweltstand nirgends besser als in den Tonzönen und den Bildergalerien der „Neuen“ zu beobachten ist, kann nur völkische Empfinden neu beleben. Der überne Standeshäkel und englische Kassengeist, der die deutsche Volksgemeinschaft führt, wird völkischem Gemeingut werden, die bequeme „Herrenmoral“ dergleichen jugendlichen völkischen Ethen verdrängt werden. Aber diese völkischen Aufgaben kann keine Bewegung erfüllen, die sich in der Reaktion erschöpft, die alles niedertritten will, was den völkischen Gedanken in ihrem Sinne aufholt, statt die notwendigen völkischen Kräfte zu stiften.

Um deswillen aber muß es bedauert werden, daß sich der völkische Gedanke eine Bewegung bemächtigt hat, die ihn letzten Endes zum fruchtlosen Antimilitarismus herabgemüht hat. Es bedarf nur eines genaueren Studiums der Reden Hilfers, der doch als der eigentliche Schöpfer der deutschvölkischen Bewegung angesehen wird, um zu erfahren, daß von ihm das ganze völkische Programm auf die bedeutende Formel gebracht wird: gegen Judo!

Es ist immerhin keine neue Feststellung, daß das Volk an geistigem Gehalt, von dem sich eine „große Bewegung“ nährt, erschreckend gering sein kann. Aber das ändert nicht den Verpflichtung, einen großen und gelunden Gedanken vor seiner gänzlichen Verwahrlosung zu schützen. Es ist bedauerlich, daß der völkische Gedanke erst in der verzerrten Aufmachung des Antimilitarismus in die große Masse gedrungen ist, aber es ist schließlich verständlich, denn die Welle verzieht wohl einen von Schlangentropfen kranken Antimilitarismus, den nur zu passiver völkischer Arbeit ersetzt so schnell nicht. Auch die Deutschvölkische Partei läßt den Ruf zur positiven völkischen Arbeit unheimlich. Sie hat nach dem Rezept: „Was du kannst, das ist auch“ ein völkisches Pro-

gramm herausgebracht, das eben die Brantstücke aus dem Waffenarsenal der deutschnationalen Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei mutatis mutandis für die deutschnationale Partei kopiert, so daß wir trotz des neuen sogenannten nationalsozialistischen Programms der deutschnationalen Volkspartei wie am Anfang vor der Frage stehen: „Wo leitet das politische öffentliche Programm?“

Das endgültige Programm der Sachverständigen

(Drahtung unseres Pariser Beraters)
Paris, 19. März. In der Sitzung, die gestern nachmittags unter dem Vorsitz des Generals Dames stattfand, ist das endgültige Programm der noch zu regelnden Fragen aufgestellt worden. Folgendes läßt sich darüber mitteilen:

Im Laufe dieser Woche wird die Unterkommission für Vorkaufgegenstände ihre Entscheidung wegen der rheinischen Eisenbahnen treffen müssen, damit dieser wichtige Punkt in das Gesamtprogramm der Finanzverhältnisse Deutschlands aufgenommen werden kann. Ferner wird General Dames zwei besondere Sitzungen einberufen, um eine Verständigung über die ersten Jahreszahlungen herbeizuführen, die Deutschland nach Ablauf des Moratoriums zu leisten haben wird. Von dem Komitee Mac Kennos wird anfangs nächster Woche der Bericht über die noch aufzuklärenden Fragen erwartet, welche Angaben von den deutschen Industriellen noch zu erheben sind, deren Vermögen infolge umfangreicher Devisen Spekulationen eine große Steigerung erfahren haben. Erst, wenn über alle diese Fragen eine grundsätzliche Einigung erzielt worden ist, wird Dr. Schacht ins Hotel Astoria berufen werden.

Die Schwierigkeiten, denen die Sachverständigen bei der endgültigen Festlegung des deutschen Zahlungsvormögens im Jahre 1928 begegnen, werden durch

Kommentare in der Regierungspresse
Besonders hervorzuheben. Den Sachverständigen wird der Rat gegeben, überhaupt keine bindenden Vorschläge zu machen, sondern sich auf allgemeine Betrachtungen zu beschränken. Es scheint, daß sich Poincaré in der nächsten Woche eingehend mit der Reparationsfrage befassen wird. Eine Londoner Meldung besagt, daß Poincaré die Ansicht habe, eine interalliierte Besprechung über die Punkte zu veranstalten, die von den Sachverständigen ebenfalls geklärt werden können wie von der Reparationskommission. Einigen nationalsozialistischen Blättern wäre es angenehm, wenn eine englische Kabinetskrise das baldige Zustandekommen einer solchen Konferenz verhindern würde.

Zur Stabilisierung des Frankens
Paris, 19. März. (Sig. Ber.) Es wird gemeldet, daß die französischen Industriellen bei der Pariser Regierung vorstellig wurden, ein weiteres Steigen des Frankens nicht eintreten zu lassen, weil dies für die Aggrindustrialie schwere Rückschläge bringen würde.

Der „Daily Telegraph“ meldet, daß zwei amerikanische Banken, die mit einer Milliarde an der Fronten-Währungsnotifikation beteiligt gewesen sind, in Kolumbien als Geschäftspartner abgelehnt seien. Das Blatt merkt ferner, daß die französische Staatsbank dem englischen Staatsbankrott einen gewissen Betrag in Geld übermitteln wird, der für englische Rechnungen nach Amerika abgeben soll.

Annahme des Finanzgesetzes im Senat
Der Senat hat nach Beendigung der Beratungen über die einzelnen Artikel des Finanzgesetzes das Gesetz in seiner Gesamtheit mit 151 gegen 23 Stimmen angenommen. Die demokratische Fraktion, also die Mitglieder der radikalen Partei, hat sich der Abstimmung enthalten. Der Senat hat sich diesmal auf Donnerstag vertagt.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs

Das französische Nationalkomitee für soziale und politische Studien hielt eine Sitzung ab, in der der Minister für die besetzten Gebiete, Reibel, Erklärungen über den Wiederaufbau abgab. Die Prüfungskommission für die Kriegsschäden soll mit 3 Millionen Forderungen im Betrage von 140 Milliarden Franken sich befassen. Augenblicklich seien noch 80 000 Forderungen im Betrage von 17-18 Milliarden Franken zu prüfen. Der Gesamtbetrag der Verlorengegangenen Vermögen betrage 82 Milliarden Goldfranken, von denen 54 Milliarden bereits bezahlt seien. 1170 Klagen über übertriebene Schadensersatzansprüche seien eingegangen, von denen 300 Fälle bereits behandelt und Entscheidungen eingetretten seien. Die staatlichen Schäden, die Zerstörung von Gebäuden, Eisenbahnen, Telephon- und Telegraphenleitungen usw., beliefen sich ebenfalls auf 18 Milliarden. Diese Schäden seien fast vollkommen beseitigt. Ueber den Stand des Wiederaufbaus am 1. Januar 1924 gab der Minister folgende Ziffern: Von 3 305 350 Hektar verunreinigtem Boden seien 2 915 000 Hektar wieder urbar gemacht. Danach seien 1 800 000 Hektar bebauter Boden (vor dem Kriege 1 223 000 Hektar), 55 000 Hektar

an, sondern der Träger des Anschuldigungskontes ist das Deutschtum in der österreichischen Provinz. Eine Hochburg der Bewegung ist das Land Kärnten, dessen nationales Deutschtum und nationales Empfinden der Zugehörigkeit zu Süddeutschland durch die Grenzstränge des Jahres 1920 ehen geestigt wurden. Der süddeutsche Großmachtdenke gibt das Kärntner Volk zwar noch immer nicht verloren. Kärnten ist jedoch dank seinem Helmschutz zur erfolgreichen Abwehr, zur Abwehr mit den Waffen des nördlichen Gegentes, gerüstet und die politische Lage in Jugoslawien kann den Slovenen in Kärnten nur zur Warnung dienen.

Eindrücke von einer Reise durch Oesterreich und nach Jugoslawien

Auf dem Boden von Raumanns Mittelamerika haben Erschütterungen schwerer Art tiefgreifende Veränderungen hervorgerufen. Noch ältere die Erde von diesen gewaltigen Stößen; wir spüren es an dem Schwanzen des Bodens, auf dem wir selber stehen. Auch der Boden, den einst das alte Oesterreich bedeckte, ist nach nicht zur Ruhe gekommen. Man nannte das alte Oesterreich ungelukkig. Wir selbst es, und es hatte einen härteren inneren Zusammenhang, als er in den Händen gemöht wird und zwischen den Ländern besteht, die an die Stelle Oesterreich-Lingens getreten sind. Dieser innere Zusammenhang war wirtschaftlicher Art. Wirtschaftlich sind diese Länder heute aber noch weit, weit von einander getrennt.

Zum besseren Verständnis der Weltlage und Standesfrage war die Kartografie von jeder ein unentbehrliches Mittel. Sie kann hier nicht entrollt werden, wird aber im Besitze eines jeden vorausgesetzt, der sich für Oesterreich und die Nachfolgestaaten interessiert. Was ich in den ersten Wochen dieses Jahres bereiste, war Heimatboden. Große österreichische Heimat im allgemeinen, verlorenere Heimat, verlorenere deutsche Erde im engeren. Krieg, Umsturz und schwere wirtschaftliche Krisen waren über diese Gebiete hinweggegangen, seitdem ich sie das letzte Mal sah. Wien war noch die Stadt der Nieder und einer gewissen Wohlhabenheit und die österreichische Provinz hätte ihre alte Wohlstandsgeschichte — für das Ausland im allgemeinen freilich nicht, das den Wiener und den Oesterreicher in ein und denselben Topf warf und nach diesem Resent vielfach auch heute noch verfährt. Und von dem Lande, das heute dem deutschen Auge durch die Aufschneisen in der Gegend vollends entfremdet ist, wußte man auch damals schon nur recht wenig.

Die Stadt, von der man außerhalb Oesterreichs stets die richtigste Vorstellung hatte, war Salzburg und sie ist es geblieben. Wasart und die Ruff hat diesen Platz dem ganzen deutschen Wesen bis zum Grade unentzerrbarer Zusammengehörigkeit nahegebracht. Wir wollen und müssen uns jedoch auf den Standpunkt des Oesterreichers und nicht des Deutschländer stellen — wie der Reichsdeutsche heute überall genannt wird — denn uns beschäftigt die Frage, wie man in Oesterreich über den Anschluss denkt. Was er nun ein Ziel setzen werden müssen oder nicht — dieser Gedanke, der nun schon seit einem Jahrzehntem erzwungen wird und untrüben ist, nimmt von der jugoslawischen Seite aus verfolgt, weniger auf Wien zu letztere Gehört

die zu sehr mitgenommen wurden, würden für Jahre oder sogar Jahrzehnte unbrauchbar bleiben und von 741 993 Gebäuden, die zerstört worden sind, seien 588 000 bereits wieder aufgebaut worden. Die Bevölkerungszahl sei von 4 690 180 auf 2 075 667 im Jahre 1918 zurückgegangen, betrage heute aber wieder 2 210 000 Personen.

Die Lage in der Pfalz Neue Entschlüsse?

Das Ergebnis der zweiten Pfalzreise der interalliierten Sonderkommission kann man, nachdem jetzt ein Gemüthsüber die Verhandlungen möglich ist, bei ganz vorläufiger Beurteilung als nicht unbefriedigend für die Pfalz bezeichnen. Vollständig verfehlt wäre aber die Annahme, die schon bei dem ersten Besuch der Spezialkommission in der Pfalz zum Ausdruck gekommen ist, die Mission der Sonderkommission stelle einen diplomatischen oder politischen Sieg für Deutschland dar. Da die Sonderkommission dieses Mal keine Vollmacht hatte, konnten die Verhandlungen über die Rückkehr der von den Franzosen ausgewiesenen Beamten und Arbeiterpersonen zu keinem politischen Ergebnis führen. Die Spezialkommission beschränkte sich auf die Feststellung, daß alle Gebiete der von den Franzosen ausgewiesenen um Aufhebung der Ausweisung von General de Weh wohlwollend geprüft werden (1), eine Zulage, die nach den bisherigen Erfahrungen zu einer optimistischen Auffassung nicht im geringsten Anlaß gibt.

Befriedigender war das Ergebnis der Verhandlung über die Wiederbewaffnung der deutschen Gendarmerie und der Polizei, die zum Teil noch immer keine Schwaffen haben. Nach einer Mitteilung der Sonderkommission soll General de Weh eine Verfügung erlassen haben, monch die entlassenen deutschen Polizeiträger wieder bewaffnet werden können, wenn ein entsprechender Antrag von deutscher Seite der Delegation vorgelegt wird.

Ueber die Entwertung der Separatisten wurde eine bestimmte Auskunft nicht gegeben. Die Erklärung des französischen Vorkämpfers, daß sämtliche bewaffnete Separatisten von der deutschen Polizei festgenommen werden können, wenn sie nicht im Besitz eines ordnungsmäßigen Passierscheines sind, ist jedoch praktisch vollkommen bedeutungslos, weil die Separatisten französische Weisenscheine haben. Die größte Enttäuschung für die pfälzische Bevölkerung ist die Haltung der Spezialkommission in der Frage der Repressalien, in der sich die Kommission unzuständig bezeichnet.

Brückierung Rumaniens durch Mussolini

Zwischen Italien und Rumänien ist durch das Verhalten Mussolinis, der nebenbei bemerkt durch die Verletzung des Amunitionstanzordens „Gottes des Königs“ gewarnt ist, über Nacht eine Erosion entstanden. Die Vorgeschichte ist kurz folgende:

Bor einigen Tagen übergab der italienische Geschäftsträger in Bukarest dem Außenminister eine in ziemlich scharfer Form abgefaßte Verbalnote, in der Italien den Wunsch nach einer baldigen Regelung der Frage der rumänischen Staatsbürgerschaft forderte. Diese Staatsbürgerschaft wurde für noch dem Antrage für Staatsbürgerschaften ausgedehnt und befinden sich in den Händen italienischer Banken. Die Note hat bei den offiziellen Stellen einen sehr unangenehmen Eindruck hervorgerufen. Minister Duca antwortete durch eine Mitteilung, in der die Staatsbürgerschaft in kategorischem Tone und ablehnend erörtert wurde. Offenichtlich um einen Druck auszuüben, hat nun Mussolini in einer zweiten Note den Besuch des rumänischen Königspaars in Rom abgefragt. Das wird nun in Bukarest mit großer Spannung erwartet, weil diese Note, gerade in dem Augenblicke eintrifft, wo Mussolini die Vertreter Rumaniens empfing, welche Rumänien die Reichsmöglichkeit des Besites behaupten behielten.

Auf eine Anfrage im Parlament äußerte der Außenminister Duca, daß der König nunmehr auf den Besit überhört verzichtet habe, obwohl Italien nur eine Vertagung beantragt. Die Angelegenheit wird in der rumänischen Presse lebhaft kommentiert.

Deutsches Reich Die Beamteneinstellung

Das Reichskabinett hat gestern nachmittags in der Frage der Erhöhung der Beamteneinstellung in einer Kundmachung Stellung genommen und neue Vorschläge über die Erhöhung der Beamteneinstellung ausgearbeitet, die bereits dem Reichstag unterbreitet wurden. Nach dem neuen Regierungsvorschlag sollen die Grundgehälter der Beamten um 15% erhöht werden. Ferner sollen die Zulagezuschläge erhöht werden auf 80% von drei Vierteln der früheren Zulagezuschläge, die im Frieden gezahlt wurden. Endlich sollen die sozialen Beihilfen ebenfalls erhöht werden, und zwar die Kinderzuschläge auf 13, 15 und 17 %, also um 2,50 % pro Monat, und die Frauenzulage von 7 auf 8 %. Da die Vertreter der Länder bei der Eile, in der die Vorschläge gemacht wurden, heute nicht mehr in der Lage waren, mit ihren Regierungen in Verbindung zu treten, beschloß der Reichsrat, erst am Donnerstag nachmittags zur Erledigung der neuen Beamteneinstellung wieder zusammenzutreten.

Einspruchsrecht „abgeleiteter“ Beamter

Das Reichskabinett hat beschlossen, daß gegen die Entlassung aus dem Reichsdienst oder die Veretzung in den einstweiligen

Außensand auf Grund der Personalabbauregung den Beamten grundsätzlich das Einspruchsrecht eingeräumt werden soll. Dieses Einspruchsrecht soll auch für bereits durchgeführte Entlassungen gelten, soll aber nur den Beamten und nicht den Angehörigen zu stehen. Die näheren Einzelheiten werden durch die beteiligten Ressorts noch bestimmt.

Eine neue sozialistische Partei

Wie ein Berliner Mitteilungsblatt berichtet, hat der aus der USPD ausgeschiedene Reichstagsabgeordnete Ledebour im Verein mit mehreren Kommunisten eine neue Partei gegründet, die sich „Sozialistischer Bund“ nennt. Die neue Partei will mit eigenen Mitteln in den kommenden Wahlen einziehen. In Berlin wird Ledebour als Spitzenkandidat aufgestellt werden.

Die „Königsköpfe“ am Rathenauhaus

Berlin, 19. März. (Von unv. Ber. Büro.) Der Kampf gegen den Hauptmann Müller von Haußen, der in seiner Schrift „Die Weissen von Zion“ bekanntlich behauptet, daß an dem Hauße des erwiderten Rathenau abgezeichnete Königsköpfe angedeutet seien, hat wieder einmal den Bericht beschäftigt. Die Sachverständigen begutachteten, daß der Fries nach einer allen vernetzten Parteien Vorlage gearbeitet sei und von abgezeichneten Königsköpfen keine Rede wäre. Das Gericht kam indes zu einem Freispruch, da nicht erwiesen sei, daß der Angeklagte keine Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt hat.

Badische Politik

Wechsel im Präsidium der Reichsbahndirektion

In der „Karlsruher Zeitung“ erfolgt die Mitteilung, daß der Präsident der Reichsbahndirektion, Karlruhe, Staatsrat Schulz, der seinem Ansuchen entsprechend am 1. April d. J. in den Ruhestand tritt, am 15. März von der Leitung der Reichsbahndirektion Karlsruhe zurückgetreten ist und sich von dem Reichstag verabschiedet hat. Der badische Staatspräsident hat am Staatsrat Schulz auf diesem Anlaß ein Schreiben gerichtet, in dem zum Ausdruck kommt, daß der von Amt zurücktretende Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe sowohl in den Jahren des Friedens als auch in der letzten Kriegszeit und nach Kriegszeit dem Lande Baden hervorragende Dienste geleistet hat. Der Staatspräsident hat Staatsrat Schulz Anerkennung und höchsten Dank der badischen Regierung für seine geleisteten Dienste ausgesprochen.

Staatsrat Julius Schulz, der am 2. Januar 1918 als Nachfolger von Generaldirektor Roth an die Spitze der badischen Staatseisenbahnen gestellt wurde, war über etwa 40 Jahren in den badischen Finanzämtern eingesetzt und nach mehrjähriger Tätigkeit beim badischen Finanzministerium in die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen als Regierungsdirektor versetzt worden. Er wurde in den folgenden Jahren sehr schnell befördert und trat im Jahre 1903 zum Vorstand der Verkehrsabteilung ernannt worden und trat im Jahre 1905 als Ministerialdirektor der Eisenbahndirektion in das damalige Ministerium des großherzoglichen Hauses und der kaiserlichen Angelegenheiten ein, das damals von Staatsminister von Bauer geleitet wurde. Im Jahre 1911 wurde Staatsrat Schulz in das Ministerium der Finanzen versetzt, dem damals der Eisenbahnen angegliedert war, und als Erzregier Rath am 1. Januar 1917/18 vom Amt zurücktrat wurde Staatsrat Schulz zu seinem Nachfolger bestimmt.

Im die Reichsregierung, die sich nach allem was man hört hinter den Rücken ein erbitterter Kampf abspielte. Das Reichsverkehrsministerium in Berlin versuchte sich über die von den preussischen Beamten nach Karlsruhe zu sehen und ebenso selbstverständlich war, daß die badische Beamtenschaft in der Reichsbahndirektion Karlsruhe sich energig dagegen wehrte. Ministerialrat Dr. Sörter Berlin war zunächst zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe von Berlin auszuweichen. Warum er in Karlsruhe dann ebenso durchschickte, als sofort Frankfurt am Main diese Kandidatur gemacht wurde. Die Beamten in der Reichsbahndirektion Karlsruhe erklärten, daß sie unter allen Umständen einen Bohemer für den Präsidentenposten wählten. Das ist verständlich und wird in weiteren Kreisen der Bevölkerung Anklang und Unterstützung finden. Sowie wir hören, daß die badische Regierung, die letzten Endes ihre Zustimmung zu dem für den Präsidentenposten auszuweisen neuen Mann zu geben hat, noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Letzte Meldungen

Berlin, 19. März. Das britische Befehlungsgericht hat den kommunistischen Geheimordenen Josef Reuhenler, der im August 1923 wegen unerlaubter Rückkehr in das besetzte Gebiet zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, im Oktober entlassen und am März bei neuerlichem Aufenthalt in Köln abermals ergriffen wurde, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Berlin, 19. März. (Von unv. Berliner Büro.) Auf dem Friedhof der Königsallee fanden gestern die letzten Feiern statt. Von einem Massenandrang von dem die Rede keine zu berichten bleibt, kann indes keine Rede sein. Einige Gemeindefunktionen und Besuche hatten einige Besuche. Von den politischen Parteien waren außer den Sozialdemokraten und Kommunisten auch die neue republikanische Partei Deutschlands und eine demokratische Abordnung vertreten.

* Großadmiral v. Treppe wird am heutigen 19. März 75 Jahre alt.

der Vergnügungstouristen würde die Konsequenzen aus den deutschen Verhältnissen ziehen. In Oesterreich reist man um mehr als die Hälfte billiger als bei uns, und man führt die weltweiten Ströme in direkten Wagen, beziehungsweise in direkten Zügen. Es gibt sogar durchgehende Personenzüge auf Streckenlängen, auf denen man in Deutschland vier, fünfmal umsteigen muß. Die Strecke nach Oesterreich wird auch den deutschen Staatsangehörigen ohne weiteres bewilligt. Die Konsulate arbeiten ebenso zuverlässig wie die Konsulate in der Fremde. Wir wollen an Oesterreich aber nicht allzuviel nehmen, ohne zuvor einen Blick ins Kaffeehaus geworfen zu haben, ins Kaffeehaus, um festzustellen, was den Oesterreicher so gern zumüht läßt. Reid der Belgier! Heute geht man in Oesterreich nicht mehr so regelmäßig zu seinem Schwarzem, weißen oder Roten. Man hält sich dafür die ein bis zwei billigeren Getränke auf die dabei nicht hundert Augen lauern, die sie frei machen. Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß der große Aufschwung, den die österreichische Provinzpreise genommen hat, auf so einfache Weise zu erklären ist; aber ein durchaus zuverlässiger Foodmann hat es mir verübert: „Seitdem die Real nie mehr so tief ins Kaffeehaus reichten, haben wir mehr Abnehmer.“

Nach Jugoslawien reist man entweder über Graz, über Wien oder über Klagenfurt. Vorher über man sich um die Oesterreicherscheit bemühen, auf einem Seilweg über ein festes Seilkonstrukt, das drei bis vier Monate in Reparatur nimmt. Das kostet sehr viel Geld; serbische und französische Originalmänner. Jugoslawien macht es einem nicht leicht, seine Grenzen zu überschreiten, und die Ausreisepässe sind in der Regel kurz befristet. Auch ist die Ausreisepässe Anmeldung und Anmeldung nötig, dergleichen die Anmeldung der mitgebrachten Geldmittel. Jugoslawien beachtet sämtliche fremdenverkehrsrechtlichen Bestimmungen, damit, daß Deutschland nicht anders verfährt. Das ist nicht wahr. Jugoslawien legt keinen Wert darauf, bereit zu werden; es legt vor allem die notwendigen Besätze nicht gern der öffentlichen Kritik aus. Der Fremdenverkehr als wichtiger wirtschaftlicher Faktor anzusehen. Und es sind nicht nur die wenigen deutschsprachigen Zeitungen, die eifrig auf die Schäden dieser Politik hinweisen.

Jugoslawien entsand durch den Anfall Oesterreich-Ungarns und besteht aus den drei Königreichen Serbien, Kroatien und Slavonien. Au letzteren sind die von Oesterreich abgetrennten Gebiete vertrieben worden. Die Hauptstadt Serbiens ist Belgrad, die ehemalige Hauptstadt des Kronlandes Kroatien. Die Hauptstadt des Slavonien desdes der Kroatien, des jugoslawischen Gebietes, das von Ungarn besetzt wurde, ist Karan. Belgrad ist die Reichshauptstadt. Dort sind sieben sämtliche Steuern. Dort ist das Grab der ertrunkenen Selbstmörderin der Kroatien und Slavonien, die sich die Erde unter andere vorstellte hatten. Unter den einen wie unter den anderen leben zahlreiche Deutsche. Sie bilden zwar eine deutsche Minorität

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Jus et Justitia

Kasko-Versicherungs-Gesellschaft A.-G.

Im Friedrichspark fand dieser Tage unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt Lindeck-Mannheim die 35. Mitgliederversammlung dieser Gesellschaft statt. R.-A. Dr. Pfeifferle begrüßte die Erschienenen und gedachte der durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder B. C. Kumpf und Altbürgermeister Wittmer-Haßmersheim, der jederzeit für die Interessen der Rhein- und Neckarschiffahrt eingetreten sei und ein hohes gottbegnadetes Alter erreicht habe.

Geschäftsführer Max Glaser erstattete den Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1923, dem folgendes zu entnehmen ist: Zu Beginn des Jahres 1923 waren 167 Schiffe von 164 Mitgliedern mit einer Gesamttragfähigkeit von 2.295.960 Ztr. und einer Gesamtversicherungssumme von 7.894.500 A. versichert. Im Laufe des Jahres 1923 sind 3 Schiffe ausgeschieden. Aufgenommen wurde dagegen ein Schiff, das vorher bei einer Versicherungsaktiengesellschaft versichert war, und 47 Schiffe von 47 Mitgliedern, die nach Auflösung der Kasko-Versicherungs-Gesellschaft A. G. „Rhein-ahrt“ in Duisburg am 1. Juli 1923 eingetreten sind. Somit verbleibt am 31. Dezember 1923 ein Bestand von 212 Schiffen von 209 Mitgliedern mit einer Gesamttragfähigkeit von 1.128.124 Ztr. und einer Gesamtversicherungssumme von 1.942.250 hf. Die Versicherung der beweglichen, auf dem Schiffe befindlichen Habe der Schiffseigner und Schiffer betrug im Jahre 1923 134.400 hf. Der Reservefonds beträgt 5 Prozent der Gesamtversicherungssumme aller versicherten Schiffe gleich 247.112,50 hf. und das Vermögen 53.063,45 hf. Mithin fehlen am Reservefonds noch 194.079,05 hf. Gemäß Beschluß der Mitgliederversammlung vom 24. Februar 1923 ist jedes Mitglied verpflichtet, jeweils am 1. April jeden Jahres 1/2 Prozent der sein Fahrzeug oder seine Fahrzeuge betr. Versicherungssumme einzuzahlen, bis der Reservefonds die vorgeschriebene Höhe erreicht hat. Der Anteil am Vereinsvermögen beträgt 1 ff. 25 Pf. cts. für 100 Ztr. Tragfähigkeit. Dieser Satz ist maßgebend für das Einkaufsgold, das für die neu aufzunehmenden Schiffe zu zahlen ist.

Der Vorsitzende R.-A. Lindeck machte erläuternde Ausführungen zu den Abschlüssen und stellte fest, daß man mit den im abgelaufenen Jahr erhobenen Prämien auskam. Das vergangene Geschäftsjahr war eines der schlechtesten Jahre für die deutsche Wirtschaft, und namentlich für die deutsche Rheinschiffahrt, die nahezu das ganze Jahr hindurch stilllag. Dadurch wurde allerdings die Vereinskasse günstig beeinflusst, weil Havarien nicht so oft vorkamen, wie sonst bei normalem Schiffsbetrieb. Eine Nachprämie mußte deshalb nicht erhoben werden.

Die Bilanz wurde hierauf einstimmig genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Nach Festsetzung der Jahresprämie für das Geschäftsjahr 1924 und der Zuschlagsprämien erfolgten Satzungsänderungen und die Aufnahme von 24 neuen Mitgliedern, darunter 20 Malschiffen. Die Zahl der Besitzer wurde um drei vermehrt. Neugewählt wurde u. a. auch Michael Freimüller-Mannheim.

R.-A. Lindeck konstatierte am Schlusse der Sitzung, daß jeder an seinem Teile redlich bemüht war, die Interessen des Vereins und damit die Interessen der Partikulierschiffer zu fördern. Durch die sachliche Behandlung der Fragen seien Beschlüsse gefaßt worden, die die weitere Entwicklung des Vereins gewährleisten. Im abgelaufenen Jahre sei es gelungen das Vereinskapital durch die schwersten Zeiten zu steuern und dem Kurs zu halten. Auf den im Vorjahre getroffenen Maßnahmen, die sich voll bewährten, könne weiter gebaut und der Verein auf eine gesunde Basis, wie vor dem Kriege, gestellt werden. Mit dem Wunsche, daß für die Rheinschiffahrt bald wieder bessere Zeiten kommen und der Verein sich weiterhin kräftig entfalten möge, nahm die durch die lebhafteste Aussprache sehr angeregte Versammlung ihren Ausklang. An die Beratungen schloß sich ein geselliges Beisammensein, bei dem aus der Mitte der Vereinsmitglieder dem Vorsitzenden wie der gesamten Vorstandschaff der Dank für ihre erprießliche Tätigkeit ausgesprochen wurde.

Kreditnot und Großhandel

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat in seiner Sitzung seines Zentralausschusses vom 15. März sich mit der Frage der gegenwärtigen Kreditlage für den Groß- und Außenhandel und mit den gegenwärtigen wichtigsten Fragen der Außenhandelspolitik beschäftigt. Nach außerordentlich interessanten Referaten von dem Vizepräsidenten der Reichsbank, Exzellenz Glaser, wurde nachstehende Entscheidung einstimmig gefaßt:

Die Kreditkrise, unter der gegenwärtig der Großhandel in einem geradezu unerträglichen Maße leidet, trifft den Großhandel deshalb ungleich scharfer als alle übrigen Wirtschaftsklassen, weil der Großhandel in den Zeiten des Währungsverfalls unter dem Druck einer handelsfeindlichen Fremdwährungssetzung in einem ganz erschreckenden Maße an Betriebsmitteln verarmt ist. Wenn der Großhandel seiner Aufgabe als Warenvertreter für den deutschen Konsum gerecht werden, und wenn er das internationale Warengeschäft wieder aufbauen, wenn er nicht von einer immer scharfer zur Syndizierung drängenden Industrie erdrückt werden soll, so muß die auf dem Handel schwer lastende Kreditnot unter allen Umständen sofort beseitigt werden. Deshalb wird die Golddiskontbank als ein außerordentlich erfolgreicher und unterstützter, weil er hofft, daß durch die der neuen Bank zur Verfügung stehenden Mittel, der Beginn einer Erleichterung der Kreditnot herbeigeführt werden kann. Jedoch muß darüber hinaus speziell nach dem Inkrafttreten dieser Bank die Devisenverordnung aufgehoben werden, die den Warenverkehr außerordentlich erschwert. Für die Zwischenzeit muß der Großhandel erwarten, daß die Sicherung gegenüber dieser Devisenverordnung nicht durch Bindung unentbehrlicher Betriebsmittel infolge der Hinterlegung eines die Devisenstellung weit übersteigenden Betrages gewahrt wird, sondern daß die Haftung einer Bank oder ähnlicher Sicherheiten für ausreichend erachtet werden.

Gleichzeitig muß die ungerechtfertigte Steigerung des Devisenbedarfs verhindert werden, die durch Zahlungsbedingungen der Industrie hervorgerufen wird, in welchen über den Wert des ausländischen Rohstoffbedarfs hinaus Zahlung in effektiven Devisen verlangt wird. Im übrigen muß baldigt eine Erleichterung in der Wechselkurskontierung und der Lombardierung von Fertigen durch die Reichsbank ermöglicht werden.

Ausdehnung des Giroverbandes

Ende voriger Woche wurde von den Spitzenorganisationen der Deutschen Sparkassen und kommunalen Banken, nämlich des deutschen Girozentralverbandes, des deutschen Sparkassenverbandes, des deutschen Verbandes der kommunalen Banken das Aufgehen der beiden letztgenannten Verbände in den ersteren beschlossen, der nunmehr den Namen Deutscher Sparkassen- und Giroverband tragen wird.

Die Organe des neuen Einheitsverbandes sind die Verbandsversammlung und der Vorstand. Vom Vorstand werden entsprechend den Aufgaben des Verbandes drei Ausschüsse eingesetzt: ein Ausschuss für das Sparkassenwesen, einer für das Girowesen und ein dritter für das kommunale Bankwesen. Der neue Einheitsverband betreibt die vom Deutschen Girozentralverband gegründete öffentliche Bankanstalt der Girozentrale, Deutsche Kommunalbank, die weiter die Geld- und Kreditgeschäfte für die angeschlossenen Mitgliederverbände und Sparkassen besorgt. Zur Beaufsichtigung des gesamten Geschäftsbetriebes der deutschen Girozentrale, Deutsche Kommunalbank, ist ein besonderer Aufsichtsrat bestellt worden, der von der Verbandsversammlung gewählt wird.

Erhöhung des Goldzollaufgeldes. Das preußische Amtsblatt veröffentlicht eine Verfügung der Regierung, wonach die Goldzollaufgelde von heute ab um durchschnittlich 80 Prozent erhöht werden.

Aus der Berliner Metallindustrie. In verschiedenen Tageszeitungen waren Gerüchte verbreitet, daß mehrere Berliner Metallfirmen in Schwierigkeiten geraten seien. Die Vorstände des Vereins der Interessenten der Metallbörse Berlin haben daraufhin genaue Erkundigungen eingezoogen und festgestellt, daß an diesen Gerüchten nichts Wahres ist und daß Zahlungsschwierigkeiten bei keiner Metallfirma bestehen.

Abbau der Außenhandelskontrolle. Die Außenhandels-Nebenstelle für Seide ist laut Konfektionär infolge Aufhebung der Ausfuhrverbote für alle Seidenwaren überflüssig und darum aufgelöst worden. Die Abwicklung ihrer Geschäfte erfolgt ebenso wie bei der zum gleichen Termin aufgelösten Außenhandels-Nebenstelle für Jute, Hanf, Harz und Ersatzspinnstoffe durch die Außenhandelsstelle für Textilwirtschaft Berlin W., Budapest Strabe 6, Referent: Regierungsrat Dr. Burger.

Erweiterung des Minoux-Konzerns. Der frühere Generaldirektor der Stinnes-Unternehmungen und jetzige Mitinhaber der Bankfirma Jacquier & Securus, Minoux, hat die Majorität der Deutsch-Rumänischen Petroleum-A.-G. in Berlin erworben. Bekanntlich hat Minoux vor einiger Zeit unter der Firma Friedrich Minoux A.-G. für Handel und Industrie eine Dachgesellschaft für seine bereits vorhandenen und geplanten Unternehmungen gegründet. Zu deren Aufgabe gehört nach den Satzungen auch der Handel mit Oelen sowie deren Verarbeitung. Es dürfte sich bei dem nun erfolgten Erwerb einer Oelgesellschaft, also um einen von vornherein gefaßten Plan handeln.

Englische und australische Wollauktionen. Die Auktion ostindischer Wollen in Liverpool nahm nach einem Londoner Spezialbericht des Konfektionär auch am zweiten Tage (12. 3.) bei lebhaftem Käuferandrang und gutem Angebot ihren Fortgang. Die feste Proletendenz des Eröffnungstages hielt sich für fast alle Sorten mit Ausnahme guter weißer Wollen, die im Preise nachgaben. — In Melbourne fand bei reger Beteiligung eine Versteigerung von 8000 Ballen zumeist Kreuzzuchtwoollen statt. 90 Prozent des Angebotes gingen glatt weg. Die Preise für Merino waren gegenüber der letzten Februarversteigerung unverändert, dagegen rogen Kreuzzuchten um 5 Prozent an. Ungewaschene Wollen gingen bis auf 30% d. gewaschene auf 60 d.

Devisenmarkt

Am Valutamarkt sieht die Bewegung des Franken noch immer im Vordergrund des Interesses, obwohl das Geschäft darin bedeutend kleiner geworden ist als in den Vortagen. In der Hauptsache erfolgen Glattstellungen offener Positionen, so daß sich Schwankungen in der französischen Valuta vollziehen, die nicht in den Eingriffen Frankreichs sondern in der Ungewißheit über Umfang und Dauer dieser Eingriffe ihre Ursache haben. Da die Notiz des Franken gegen das englische Pfund seit Beginn der Vorwoche um rund ein Drittel zurückgegangen ist, dürften Verluste in Termingeschäften kaum zu vermeiden sein. Aus Berlin liegt übrigens bereits ein Dementi über angebliche Schwierigkeiten im dortigen Metallhandel vor. In London notierte Paris 14,65, die B.-A. 18,75, Belgien 100,75, Schweiz 24,85, Holland 11,625, Spanien 23,85, Italien 101,87, New York 428,37. Aus Zürich kamen folgende Meldungen: Deutschland 130 Centim. je B.-A. London 24,80%, Prag 16,71%, Paris 29,30, Italien 24,45, Brüssel 24,25, Madrid 72,90, New York 5,81; in Amsterdam galten: Berlin 0,61, London 11,50, Paris 13,67%, Schweiz 46,62%, Brüssel 11,22,5, Madrid 34, Italien 11,50, New York 269,50.

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

Mannheim, 18. März. Die Börse verkehrte heute bei abrückelnden Kursen. Es notierten (in Billionen Prozent): Rheinische Creditbank 3,75 bz. G., Rhein. Hypothekbank 3,75 bz. G., deagl. neue 3,50 G., neueste 3,25 G., Süddeutsche Disconto 11,75 bz. G., Bad. Anilin 17,75 bz. G., Durlacher Hof 30 B., Eichbaum 40 B., Ludwigshafener Aktienbranerie 57,50 bz. G., Mannheimer Aktienbranerie 31 B., Seilindustrie 8 bz. G., Benz 4,50 G., 4,75 B., Emallierwerke Malkammer 7 B., Gebüder Fahr 10,25 bz. G., Germania Linoleum 11,50 bz. G., Heddernheimer Kupfer 7 G., Karlsruher Maschine: 4,50 B., Karlsruher Nähmaschinen 30 G., Knorr 4,25 bz. G., Braun Konserven 1,9 bz. B., Mannheimer Gummi 2,75 bz. G., Baden 1,9 bz. B., Neckarsulmer 8,4 bz. G., Pfälzer Nähmaschinen 3 G., 3,3 B., Zementwerk Heidelberg 14 G., Rheinelektra 10 G., Salzwirk Heilbronn 88 G., Unioverke 13 B., Freiburger Ziegel 3 bz. B., Wayer u. Freytag 4 G., 4,50 B., Zellstoff Waldhof 12,25 bz. G., Zuckerfabrik Frankenthal 4% G., Zuckerfabrik Waghäusel 4,25 G., Von Versicherungen (in Billionen A.): Frankonia 60 G., Badische Assekuranz 70 bz. G., Continental 55 B., Mannheimer Versicherung 90 B.

Schiffahrt

Frachtgeschäft in Duisburg-Ruhrort

Die Schiffsfrachten betragen pro Tonne und Tag: 5 Cents ab Ruhrhafen nach Rhein-Mainstationen 5 1/2 Cents ab Kanal nach Rhein-Mainstationen (25 Tage Garantie, freie Rücklieferung nach Ruhrort). Exportkohle nach Rotterdam: ab Kipper 1,25 hf. ab Kanal 1,40 hf. teilweise auch in Tagesmiete zu 5 Cents (bei 20 Tagen Garantie und Rücklieferung Ruhrort). Geschäft: Sehr lebhaft, wenig Schiffsraum.

Waren und Märkte

Magdeburg, 18. März. Zucker prompt Lieferung innerhalb 16 Tagen 26,25 bis 26,50; innerh. 4 Wochen — (26,50 bis 26,75) Goldmark.

Bremen, 18. März. Baumwolle. American Fully middling g. c. 28 mm loco per engl. Pfd. 31,52 (31,56) Dollarcent.

Vom Roheisenverband. Den veränderten Marktverhältnissen Rechnung tragend, hat der Roheisenverband mit sofortiger Wirkung für neue Abschlüsse die Preise für Süd-Deutschland (Gebiet 2) erhöht, die bisher mit Rücksicht auf den ausländischen Wettbewerb besonders niedrig gehalten waren, und zwar für Haematit und Gießerei-Roheisen I und III um je 5 A. pro Tonne. Die neuen Preise für Süd-Deutschland stellen sich auf: 100 Goldmark für Haematit, 90 für Gießerei-Roheisen I, 88 für Gießerei-Roheisen III Frachtbasis Mannheim bzw. Ludwigshafen. Ferner wurde aus dem gleichen Grunde der Preis für Gießerei-Roheisen Luxemburger Qualität um 7 A. bzw. 4 A. pro Tonne je nach Verkaufsgebiet erhöht. Der neue Preis für Gießerei-Roheisen Luxemburger Qualität stellt sich auf 79 A. pro Tonne ab Wintersdorf oder 84 A. pro Tonne ab Rheinisch-Westfälisches Werk.

Baumwolle. (Bericht von Knoop u. Fabarius.) Bremen, 14. März. Die Märkte schlossen am 13. d. M. nach manchen Schwankungen stetig wie folgt: Bremen, fullymiddling American g. c. 28 mm st. loko 30,72 c p. lb.

	Liverpool	New York	Neworleans
Loko	—	28,80 c	29,13 c
März	16,83 d	28,52 c	—
Mai	16,74 d	28,75/78 c	29,06 c
Juli	16,41 d	28,03/07 c	28,82 c
Oktober	14,81 d	25,51/55 c	27,81 c
Dezember	14,42 d	25,15 c	25,00 c

Die allgemeine Unsicherheit der Verhältnisse und die durch bedingte Unlust zu neuen Unternehmungen macht sich mehr und mehr fühlbar. Wohl stellen sich immer wieder Augenblicke ein, in denen eine Besserung der Geschäftslage sich anzubahnen, in greifbare Nähe zu treten scheint, aber eine erkennbare Gesundung, die so sehr zu begrüßen wäre, läßt noch auf sich warten. Diese kann nach unserer Ansicht, wie wir sie schon mehrfach zum Ausdruck gebracht haben, erst auf Grund einer zunehmenden Nachfrage nach Waren in England und Amerika sich Bahn brechen. Auf der anderen Seite darf man aber die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, daß Preise von ihrem höchsten Stande in wenigen Monaten um rund 9 c gleich rund 24 Prozent gefallen sind, und daß man zu der Annahme durchaus berechtigt ist, daß in diesem enormen Preisrückgang eine gewisse Gesundung und daher eine gewisse Beruhigung wegen der weiteren Entwicklung liegt. Im übrigen besetzt man in den Märkten mit steigendem Interesse die Entwicklung auf dem Gebiete der Anpflanzungen. Die ursprünglich erwartete große Arealzunahme wird auf etwa 3-4 Prozent geschätzt, die Verkäufe von Fertilizern auf 6.997.000 Tonnen, fast genau das Quantum, das im Jahre 1919 verwandt wurde, dagegen rund 750.000 Tonnen weniger als 1920. Das beplante Areal belief sich 1919 auf 35.133.000 Acres, 1920 auf 37.043.000 Acres. Einstweilen ist die Bodenbearbeitung gegen normale Jahre noch entschieden im Rückstande. Leider ist in Bremen und Bremerhaven ein Hafentarbeiterstreik ausgebrochen, der die Behandlung und Beförderung von Waren unmöglich macht. Es ist auf das tiefste zu bedauern, daß eine solche Störung des Wirtschaftslebens nun wieder die Verhältnisse und die günstige Entwicklung, die sich gezeigt hatte, schwer beeinträchtigt. Alexandria: schließt nach äußerst heftigen Schwankungen ruhig für Sakellaridis fünf Punkte und für Ashmouni 25 Punkte niedriger. Termine: Sakellaridis Mai 30,15 Dollar; Ashmouni April 36,00 Dollar. Beale Sakellaridis notiert etwa 25,30 d. beste Ashmouni notiert etwa 22,50 d. cif europ. Hafen. Bombay: sehr stetig, Preise unverändert bis 20 Punkte niedriger.

Berliner Metallbörse vom 18. März

Prozent in Festmark für 1 Kg.

	18	19	20	21
Elektrolytkupfer	191,75	195,50	197	198
Raffinadekupfer	127-128	128-127	128-127	128-127
Blei	174-175	175-174	175-174	175-174
Wolfram (W.-Fr.)	6,71-6,72	6,87-6,88	6,87-6,88	6,87-6,88
do. (Fr.-W.)	6,62-6,63	6,6-6,62	6,6-6,62	6,6-6,62
Platin	210	210	210	210
Aluminium	210	210	210	210

London, 18. März (WB) Metallmarkt. (In Lst. t. d. engl. t. v. 1016 kg.) Kupferkass 0712 68,25; do. 3 Monat 68 — 68,25; do. Elektro. 74 — 72,5; Zinn Kass 288 12 263,25; Nickel 130 — 135 —; Quecksilb 11 — 11,62; Neptun 60 — 65 —.

Mannheimer Handelsregister

Einträge zum Handelsregister B:

„Kraftanlagen Aktiengesellschaft“ in Mannheim: Diplomingenieur John Fröschel, Mannheim ist als Prokurist bestellt.

F. C. Linck & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim: Emil Heinrichs ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Fritz Rufel, Mannheim ist als Geschäftsführer bestellt.

„Motor“ Vertriebsaktiengesellschaft“ in Mannheim: Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 4. März 1924 in den §§ 1 (Firma), 2 (Gegenstand des Unternehmens), 5 (Aktienstellung), 6 (Form der Aktien), 23 (Berufung der Generalversammlung) geändert; die §§ 25 und 29 sind gestrichen. Die Firma ist geändert in: „Melland-Seifen-Industrie Aktiengesellschaft“. Gegenstand des Unternehmens ist jetzt: Herstellung und Vertrieb der nach Mellands Verfahren hergestellten Seifen für industrielle und andere Zwecke. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmungen in jeder zulässigen Form zu beteiligen, solche zu erwerben und zu vertreten. Kurt Eimer und Karl Hoffmann sind als Vorstandsmitglieder ausgeschieden. Kaufmann Jakob Schuster, Ludwigshafen u. Rh. ist als Vorstand bestellt. Die Procura des Theodor Mai ist erloschen. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat März

Rhein-Bez.	12	13	14	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Schwabenheim	0,83	0,54	0,67	0,26	0,61	0,91	1,21	1,73	1,70	1,65	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70
Wagau	0,87	0,85	0,88	0,88	0,87	0,88	0,88	0,88	0,88	0,88	0,88	0,88	0,88	0,88	0,88	0,88	0,88
Stauwasser	2,30	2,30	2,34	2,30	2,31	2,30	2,30	2,30	2,30	2,30	2,30	2,30	2,30	2,30	2,30	2,30	2,30
Wasser	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70
Wasser	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80

Verleger, Drucker und Verleger: Drucker: Dr. Hans. Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H. Mannheim E. G. 2. Direction: Ferdinand Heime — Oberredakteur: Paul Richter. Verantwortlich für den politischen und wirtschaflichen Teil: Paul Richter; für den literarischen Teil: Paul Richter; für den wirtschaflichen Teil: Paul Richter; für den wirtschaflichen Teil: Paul Richter; für den wirtschaflichen Teil: Paul Richter.



